

09.06.2020

Antwort

der Landesregierung

auf die Kleine Anfrage 3713 vom 13. Mai 2020
des Abgeordneten Stefan Kämmerling SPD
Drucksache 17/9315

Umstrittene Straßenausbaubeiträge – Klageverfahren gegen ungerechtes, kompliziertes und bürokratisches System

Vorbemerkung der Kleinen Anfrage

Straßenausbaubeiträge sind ungerecht, weil sie Anlieger unabhängig ihrer wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit belasten. Straßenausbaubeiträge sind bürokratisch, weil schon jetzt mehr als die Hälfte der erzielten Einnahmen durch den Erhebungsaufwand aufgefressen werden. Straßenausbaubeiträge sind kompliziert, weil allein die Kommentierung zum Straßenausbaubeitragsrecht mehrere hundert Seiten umfasst.

All dies zeigt, dass Straßenausbaubeitragsbescheide häufiger Gegenstand streitiger Auseinandersetzungen sind.

Der Minister der Justiz hat die Kleine Anfrage 3713 mit Schreiben vom 9. Juni 2020 namens der Landesregierung im Einvernehmen mit der Ministerin für Heimat, Kommunales, Bau und Gleichstellung beantwortet.

- 1. Wie viele Klageverfahren in Straßenausbaubeitragsangelegenheiten hat es in der Zeit von 2015 bis 2019 vor nordrhein-westfälischen Gerichten gegeben? (bitte nach Gerichten und Jahren aufschlüsseln)***
- 2. Wie viele Klageverfahren in Straßenausbaubeitragsangelegenheiten hat es im 1. Quartal 2020 vor nordrhein-westfälischen Gerichten gegeben? (bitte nach Gerichten aufschlüsseln)***
- 3. Wie hoch war die durchschnittliche Verfahrensdauer der abgefragten Verfahren? (bitte nach Gerichten und Jahren aufschlüsseln)***
- 4. Wie häufig wurde Prozesskostenhilfe für Verfahren in Straßenausbaubeitragsangelegenheiten in den Jahren 2015 bis heute beantragt? (bitte nach Jahren und bewilligten und abgelehnten Anträgen aufschlüsseln)***

Die Fragen 1 bis 4 werden zusammen beantwortet.

Datum des Originals: 09.06.2020/Ausgegeben: 16.06.2020

Im Rahmen der vorliegenden Daten der Anordnung über die Erhebung von statistischen Daten in der Verwaltungsgerichtsbarkeit (VwG-Statistik) wird die Zahl der Erledigungen von Verfahren in Sachen „Ausbaubeiträge“ als Untersuchgebiet zum Sachgebiet „Abgabenrecht“ ausgewiesen. Der Begriff der Ausbaubeiträge entspricht der Definition der Straßenausbaubeiträge. Eine Übersicht, aus der sich die Zahl der Verfahrenserledigungen im vorgenannten Untersuchgebiet ergeben, ist der Antwort als Anlage beigelegt.

Darüber hinausgehende statistische Daten, wie die Anzahl an eingegangenen Klageverfahren, der durchschnittlichen Verfahrensdauer sowie der Anzahl an gestellten Prozesskostenhilfeanträgen, lassen sich der Erledigungsstatistik standardmäßig nicht entnehmen. Die Ermittlung der Einzeldaten ist in der für eine Kleine Anfrage zur Verfügung stehenden Zeit nicht leistbar.

5. In welcher Höhe wurden Prozesskostenhilfen für Verfahren in Straßenausbaubeitragsangelegenheiten in den Jahren 2015 bis heute bewilligt? (bitte nach Jahren aufschlüsseln)

Die Ausgaben für Prozesskostenhilfe werden nur insgesamt, nicht jedoch bezogen auf einzelne Verfahrensarten gebucht. Die erbetenen Angaben müssten daher durch eine händische Auszählung der im einzelnen gezahlten Beträge aus den jeweiligen Verfahrensakten erfolgen. Dies ist innerhalb der zur Beantwortung der Kleinen Anfrage zur Verfügung stehenden Zeit nicht zu leisten.

Erledigte Hauptverfahren vor den Verwaltungsgerichten des Landes Nordrhein-Westfalen in dem Untersuchgebiet "Ausbaubeiträge"						
Jahr	2015	2016	2017	2018	2019	I-2020
Verwaltungsgerichte NRW insgesamt	480	401	159	212	231	34
Verwaltungsgericht Aachen	47	46	14	6	12	1
Verwaltungsgericht Arnsberg	72	70	16	29	69	2
Verwaltungsgericht Düsseldorf	121	97	33	39	53	7
Verwaltungsgericht Gelsenkirchen	107	85	45	89	54	11
Verwaltungsgericht Köln	43	32	25	26	17	2
Verwaltungsgericht Minden	59	48	17	21	19	8
Verwaltungsgericht Münster	31	23	9	2	7	3